

BERLIN

STEPHAN J. KRAMER,
 GENERALSEKRETÄR DES ZENTRALRATS DER JUDEN

19. November 2007

<http://www.kas.de/rjf>

www.kas.de

Antisemitismus heute - Verunsicherung in Deutschland

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede

Ich freue mich, Sie im Namen der Präsidentin des Zentralrats der Juden, Frau Charlotte Knobloch, aber auch ganz persönlich, hier im „Ignatz Bubis-Saal“ begrüßen zu können.

1945 gab es kein deutsches Judentum mehr. Bis auf einen kleinen Teil, der rechtzeitig auswandern konnte, wurden alle Juden in Deutschland und später auch darüber hinaus, in fast ganz Europa, systematisch entrechtet, deportiert und schließlich fabrikmäßig ermordet. Von millionenfach gemordeten jüdischen Frauen, Kindern und Männern ist nichts übrig geblieben als Namen in Archiven, und noch nicht einmal alle Namen sind bekanntgeworden.

Seither sind mehr als 60 Jahre vergangen, und in Deutschland leben wieder Juden. Die Zahl der Überlebenden der Shoa wird zwar täglich kleiner. Erst gestern haben wir in einer bewegenden Trauerfeier dem erst kürzlich verstorbenen Professor Dr. Ernst Ludwig Ehrlich gedacht. Einem der letzten noch lebenden Schüler Rabbiner Leo Baecks, der hier in diesen Räumen bis kurz vor seine Deportation noch gelehrt hat. Es gibt aber unter uns Nachkriegsgeborene in erster, zweiter, ja dritter Generation und mehr als 200.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion, die sich hier – nicht alle, aber immer mehr – in Deutschland zu Hause fühlen, am politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen und bereit sind, sich als Deutsche zu betrachten.

Die Neugründung des „Bundes jüdischer Soldaten“ und vor allem auch die immer stärker sichtbaren Aktivitäten des Bundes,

wie heute hier in diesem Seminar, dass schon gestern in den Räumen und in Zusammenarbeit mit der Konrad Adenauer Stiftung begonnen hat, beweisen, dass Juden in Deutschland wieder ein Zuhause aufbauen wollen und aktiv am politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Dazu gehört selbstverständlich auch der Dienst in den Streitkräften der Bundeswehr. Auch der Zentralrat unterhält seit Jahren enge Beziehungen zur Bundeswehr, z.B. durch Mitgliedschaft im Beirat für Fragen der Inneren Führung des Bundesministeriums der Verteidigung.

Wir haben gestern am Volkstrauertag, auf dem Jüdischen Friedhof in Weissensee auf dem „Ehrenfeld für die im Weltkrieg gefallenen jüdischen Soldaten“ im Rahmen einer Zeremonie mit militärischen Ehren, der jüdischen Gefallenen, aber auch dem unbekannt jüdischen Soldaten gedacht. Hier liegen auf dem Ehrenfeld 395 jüdische Soldaten beigesetzt.

Kein geringerer als Rabbiner Leo Baeck sel.A. sprach bei der Einweihung des Ehrenfeldes am 27. Juni 1927 folgende Worte: „Es ist ein Denkmal auf dem Friedhofe, in dem Beth Olam, dem Hause der Ewigkeit – der Ewigkeit, das will sagen, dass hier alle Leidenschaften schweigen, alles fern bleibt, was Menschen von einander trennt und gegeneinander erregt. Nicht gegen irgend jemanden ist dieses Denkmal errichtet, nicht ein Stein der Feindschaft will es sein. Für unsere Gefallenen steht es da, für sie und gegen keinen“.

Wer sich tiefergehend für dieses Thema interessiert, dem kann ich nur das Buch „Bis der Krieg uns lehrt, was der Friede bedeu-

BERLIN

STEPHAN J. KRAMER,
GENERALSEKRETÄR DES
ZENTRALRATS DER JUDEN

19. November 2007

www.kas.de

tet“ von Sabine Hank und Herman Simon empfehlen.

Die Bundeswehr, vertreten durch den Generalinspekteur gedenkt seit November 1995 dieser gefallenen Kameraden und pflegt noch dazu die ganze Anlage in einem all-jährlichen mehrwöchigen Einsatz. An dieser Stelle möchte ich dem Generalsinspekteur, General Schneiderhahn stellvertretend, aber auch allen Beteiligten Soldatinnen und Soldaten meine Anerkennung und vor allem Dank aussprechen. Dieses Gedenken und die Erinnerung an die jüdischen Gefallenen sind wahrlich keine Selbstverständlichkeit.

Der neugegründete „Bund Jüdischer Soldaten e.V.“ der dieses Seminar veranstaltet, knüpft in gewisser Weise an die Tradition einer viel älteren Organisation, nämlich des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“ (RJF) an, aber eben nur in gewisser Weise.

Ich bin sicher, dass niemand hier eine Nachfolge im rechtlichen oder gar historischen Sinne anstrebt, denn weder ist der Bund Jüdischer Soldaten der Quantität nach mit dem RJF vergleichbar – dieser hatte fünf Jahre nach seiner Gründung im Jahre 1925 40.000 Mitglieder organisiert in 16 Landesverbänden und 500 Ortsgruppen. Mitglied des Bundes konnte jeder jüdische Kriegsteilnehmer werden, der zur kämpfenden Truppe gehört hat. Noch kann eine historische Nachfolge angestrebt sein, denn Schwerpunkte der Tätigkeit des RJF in der Weimarer Republik waren vor allem die Abwehr antisemitischer Vorwürfe und Übergriffe (sowohl in Veröffentlichungen als auch aktiv durch die Organisation eines jüdischen Selbstschutzes), die Ausbildung Jugendlicher in handwerklichen und landwirtschaftlichen Berufen, moralische Schulung, sportliche Ertüchtigung der Mitglieder und Vertretung ihrer sozialen Interessen und nicht zu vergessen, die Kameradschaftspflege. Hauptmann Berger wird dazu gleich referieren.

Meine Damen und Herren, also in dieser Zeit und vor allem in einer klar antisemitischen gesellschaftlichen Stimmung wurde der RJF gegründet und nahm seine Arbeit auf. Niemand wird also ernsthaft bestreiten

wollen, dass wir heute „Lichtjahre“ von einer ähnlichen Stimmung entfernt sind und daher der „Bund Jüdischer Soldaten e.V.“ zwar Bezug nehmen kann und soll, auf die Tradition jüdischer Soldaten in deutschen Streitkräften, aber bitte keine „Nachfolgebeziehungen“ konstruiert werden sollen. Wir haben eine steigende Zahl jüdischer Soldaten und hoffentlich in Zukunft auch jüdischer Soldatinnen in der Bundeswehr. Nicht zu Letzt befinden sich unter den Nachkommen der Zuwanderer immer mehr junge Frauen und Männer, für die der Dienst in der Bundeswehr eine berufliche Alternative, mit dem Willen zur Verteidigung der neuen Heimat, geworden ist. Diese Soldatinnen und Soldaten brauchen, wenn nicht heute, aber sicherlich in Zukunft eine Organisation die ihre spezifischen Interessen vertritt. Der „Bund Jüdischer Soldaten E.V.“ kann hierzu einen unverzichtbaren Beitrag leisten und darüber freuen wir uns alle.

Leider gibt es aber eine gar nicht so kleine Gruppe von Deutschen, die immer noch die zwölf Jahre Hitler-Barbarei im Kopf haben und sich schwertun, Juden als Deutsche zu akzeptieren. Auch die Situation im Nahen Osten und der Überlebenskampf des Staates Israel führen dazu, dass Juden in Deutschland immer öfter automatisch als Israelis betrachtet und damit ausgegrenzt werden, wenn sie sich für den Staat der Juden einsetzen und damit ihre Nähe und Verbindung demonstrieren. (Ich will bewusst nicht von Solidarität sprechen, das klingt mir zu kühl, zu distanziert!)

Meine Damen und Herren, in diesen Tagen, besonders um den 9. November herum, mehren sich die Fragen, ob es denn 60 Jahre nach Kriegsende nicht an der Zeit sei, endlich mit den ständigen Erinnerungen und Mahnungen aufzuhören und im Zuge des sich weiterentwickelnden Europas die Vergangenheit als bewältigt anzusehen und nur noch in die Zukunft zu schauen.

Wir Juden leben nicht nur in der Vergangenheit. Männer wie Ignatz Bubis und Paul Spiegel oder Prof. Ehrlich, dem gestern eine Trauerveranstaltung gewidmet war, zeigen dies deutlich. Uns geht es bei unseren Mahnungen nicht vordringlich um mehr Namen

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

STEPHAN J. KRAMER,
GENERALSEKRETÄR DES
ZENTRALRATS DER JUDEN

19. November 2007

www.kas.de

auf Gedenksteinen oder mehr Grabstätten, oder gar besondere „Privilegien“ – wie manche fast schon antisemitisch behaupten, sondern um die Warnung für die Zukunft, vor dem Ungeist der Vergangenheit.

Angesichts der steigenden Popularität der Rechtsextremen, bis hin zu Wahlerfolgen der NPD und fast wöchentlich geschändeten jüdischen Friedhöfen, von den stetig steigenden Gewaltakten will ich gar nicht sprechen, müssen wir leider feststellen, dass nicht alle aus der Vergangenheit die nötigen Lehren gezogen haben.

Antisemitismus, also der Hass auf die Juden, ist mehr als 2000 Jahre alt und zunächst religiös begründet, bevor im 19. Jahrhundert die „rassistische“ Komponente dazu kam. Zuweilen wird das Thema Antisemitismus dadurch verniedlicht, dass man von „Wiederauflebendem oder Neuem Antisemitismus“ spricht. Selbiges würde aber voraussetzen, dass der Antisemitismus – wenigstens für eine gewisse Zeit – verschwunden gewesen wäre. Dies ist nicht der Fall. Lediglich das Gesicht des Antisemitismus hat sich den jeweiligen Epochen angepasst. Der Antisemitismus gehört in diesen Tagen wieder längst zum guten Ton auf – fast – allen Partys – auch der gehobenen Klassen. Die Enthemmung mit der die Fratze des Antisemitismus öffentlich wird, ist immer häufiger und ungenierter zu erkennen.

Erkennen wir aber wirklich die Fratze des Antisemitismus immer oder zumindest fast immer? Wie kommt es dazu, dass die einen Möllemanns antiisraelischen Wahlkampfflyer oder Martin Hohmanns Rede nicht als antisemitisch erkennen, während andere sehr wohl zu dem Schluss kommen, dass es sich um Auswüchse des Antisemitismus handelt?

Nach den aktuellen Erhebungen sind 20% der bundesdeutschen Bevölkerung antisemitisch eingestellt. Dies ist im internationalen Vergleich nicht weniger oder mehr als in den Staaten des benachbarten europäischen Auslands. Also kein Grund zur Sorge – oder etwa doch? Man kann die Situation in Deutschland aufgrund der historischen Ereignisse zwischen 1933 und 45 eben doch

nicht beruhigt zu den Akten legen. Der Präsident des Zentralrats Paul Spiegel hat die besondere Situation Deutschlands einmal mit einem Patienten verglichen, der einmal eine Lungenentzündung hatte. Wenn ein solcher Patient später einen Husten bekommt, wird jeder Arzt sehr aufmerksam.

Der Husten hat sich in den letzten Monaten und Jahren zu einer kräftigen Bronchitis ausgeweitet, um bei der medizinischen Bildersprache zu bleiben.

Die Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist geprägt von einem Anstieg der gewalttätigen Aktivitäten antisemitisch eingestellter Personen. Anschläge gegen jüdische Einrichtungen und Friedhöfe, wie auch Angriffe gegen Personen nahmen in den letzten Jahren stetig zu. Der eliminatorische Antisemitismus ist ein fester Bestandteil der Skinhead-Szene. Die Rechtsextremisten haben ihre antisemitische Agitation ausgeweitet und inhaltlich verschärft. Sie nutzen dazu verstärkt das Internet, die Musikszene. Offensiver und aggressiver als in den vergangenen Jahren, werden antisemitische Klischees gebraucht. Dies gilt auch immer häufiger für öffentliche Demonstrationen, wo im Schutz der sogenannten „Meinungsfreiheit“ zumeist braune Kameraden mit „richterlichem Segen“ marschieren können.

Gerade am Beispiel der Neonazis wird deutlich, dass es sich nicht allein um ein juristisches Problem handelt. Zur Lektüre empfehle ich Ihnen das Buch von Andrea Röpke und Andreas Speit, „Braune Kameradschaften“. Vieler Orts kämpfen Staatsanwälte, Polizisten und Staatsschützer erfolgreich und energisch gegen diese Szene. Vor allem ist es aber ein gesellschaftspolitisches Problem. „Um tolerant zu sein“ führte Umberto Eco schon 1993 in der Zeit aus, „muss man die Grenzen, was nicht tolerierbar ist, festlegen“ und ich füge hinzu, den Bürgern in dieser Gesellschaft auch nachhaltig vermitteln. Diese Grenze, meine Damen und Herren, sollte nicht erst beim militanten Neonazismus liegen, sondern bei den rechten und zum Teil auch linken Ressentiments, dem Abwerten und Ausgrenzen von Flüchtlingen, Behinderten, Homosexuellen, Obdachlosen,

BERLIN

STEPHAN J. KRAMER,
GENERALSEKRETÄR DES
ZENTRALRATS DER JUDEN

19. November 2007

www.kas.de

Muslimen und Juden um nur einige wenige Zielgruppen zu nennen.

Durch die gestiegene gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft, fühlen sich die Rechten als die wahren Volksvertreter bestätigt und angespornt, weiter für Volk und Vaterland zu marschieren.

Nicht nur moralische Appelle, sondern ständiger und öffentlicher Widerspruch gegen rechte und linke Alltäglichkeiten sind notwendig. Gegen diese Ressentiments versuchen verschiedene Bildungs- und Selbsthilfeinitiativen zu sensibilisieren. Doch die unterschiedlichen Träger dieser Aktivitäten, ebenso wie die wenigen Hilfsorganisationen für Opfer rassistischer und neonazistischer Gewalt, können kaum eine nachhaltige Wirkung entfalten, da sie stetig um ihre Finanzierung bangen müssen, trotz bestehender Bundesprogramme.

In der Öffentlichkeit wird das enge Zusammenwirken von NPD und Kameradschaften nur allmählich wahrgenommen. Aber längst bilden NPD und „Freie Kameradschaften“, deren Aktivisten nicht vor kriminellen Aktionen zurückschrecken, eine gefährliche Allianz. Der Schatten der NPD verdeckt oft das Netzwerk der Kameradschaften. Die Erfolge der NPD bei Kommunal- und Landtagswahlen können sich sehen lassen und vor allem lassen sie schlimmes befürchten – für die Wahlen im kommenden Jahr! Meine Damen und Herren, die Rechten sind nicht erst eine Gefahr für die offene Gesellschaft, wenn sie in den Parlamenten sitzen. Die „freien Kameradschaften“ führen vor allem im außerparlamentarischen Raum den Kampf um die Straße und die Köpfe und bereiten so den Boden für die offizielle parlamentarische Arbeit der Nationalisten. Gerade die 12-18jährigen Jugendlichen werden zunehmend durch Angebote der rechten Jugendorganisationen erfolgreich umworben. Kulturelle und politische Veranstaltungen etablierter Gruppen, Vereine und demokratischer Parteien werden immer öfter durch rechte Agitatoren unterwandert und schließlich für eigene Zwecke missbraucht.

Meine Damen und Herren, die Geschichte hat gezeigt, dass sich der Antisemitismus nie hat völlig auslöschen lassen. Die entscheidende Frage für uns ist, wie wir den Prozentsatz der „Infizierten“ so klein wie möglich halten können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich fasse zum Abschluss zusammen:

Wenn wir von Menschenrechten sprechen, so müssen dies Menschenrechte für alle sein, und wir müssen mehr Respekt vor der Würde eines Jeden bezeugen. Auch, wie es die Bibel ausdrückt, „für den Fremden in Eurer Mitte“. Dass heißt auch, keine Fremdenfeindlichkeit, kein Rassismus, kein Antisemitismus. Gerade in unserem sich immer weiter vergrößernden Europa ist es wichtig, diese Lehren zu ziehen und bei der friedlichen Gestaltung der Zukunft die geschichtliche Vergangenheit, unter der Europa so viel gelitten hat, weder zu verdrängen noch zu vergessen.

Die Geschichte Deutschlands und besonders die Zeit des Nationalsozialismus darf nicht als Last, sondern muss als Herausforderung begriffen und angenommen werden. Es gibt keine deutsche Kollektivschuld, aber wohl eine Kollektivverantwortung, für alle gleichermaßen: Juden, Christen, Muslime, Andersgläubige und Atheisten. Es gilt dafür persönlich einzustehen, dass sich gleiches niemals wiederholen darf. Dabei geht es nicht um die Verfolgung von Juden allein, sondern um jede Form von Diskriminierung einer Minderheit in unserer Gesellschaft. Dazu gehören Behinderte, Schwulen und Lesben, Sinti und Roma, Senioren und viele andere, die plötzlich Teil einer Minderheit sein können.

Der Holocaust hat jede Normalität im Zusammenleben von Juden und Deutschen zerstört. Und die von Klemperer und anderen in den Jahren zuvor empfundene Normalität hat sich als ein gefährlicher Traum entpuppt. Trotz allem möchte ich an der Hoffnung festhalten, dass in den kommenden Generationen jüdisches Leben in Deutschland selbstverständlich akzeptiert, ja normal sein wird.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

STEPHAN J. KRAMER,
GENERALSEKRETÄR DES
ZENTRALRATS DER JUDEN

19. November 2007

www.kas.de

Ich bin kein Träumer! Zur Normalität, gehört auch der Antisemitismus einer Minderheit. Zur Normalität gehört, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung anerkennt: Ein jüdischer Deutscher ist ein Bürger der Bundesrepublik Deutschland mit denselben Rechten und Pflichten, wie ein christlicher Deutscher. Zur Normalität gehört, dass die Verletzungen, unter denen die wenigen Überlebenden und ihre Kinder leiden, von den Kindern der Täter wahrgenommen und in der Sprache miteinander berücksichtigt werden. Zur Normalität gehört aber auch, dass Jüdisch-Sein nicht auf den Holocaust begrenzt, dass jüdische Kultur wahrgenommen wird in ihrer historischen Dimension und wie sie heute wieder in Deutschland existiert. Zur Normalität gehört, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung bereit ist, geradezustehen für die Existenz dieses Lebens und einzuschreiten, wenn es bedroht und verletzt wird. Nur wenn dies gelingt, ist ein normales, gleichberechtigtes Zusammenleben von Juden und Nichtjuden möglich.

Ignatz Bubis sel. A. hat einmal gesagt: „Ich wünsche mir sehr, dass der Satz: „Ich bin ein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ einmal für viele in Deutschland lebende Juden selbstverständlich wird. Und ich wünsche mir, dass die nichtjüdischen Deutschen ihn zunehmend akzeptieren. Aber ich weiß, dass es noch Generationen dauern kann bis das gelingt. Bis dahin leben meine Familie und ich als Juden in Deutschland“

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!